

Fragebogen zur steirischen Landtagswahl 2024

Stellungnahmen der politischen Parteien in Bezug auf pflanzliche Ernährung

Legende:

Stimme sehr zu

Stimme eher zu

Weder noch

Stimme eher nicht zu

Stimme nicht zu

1. Soll die pflanzliche Ernährung vom Land Steiermark aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes gefördert werden? Wenn ja, wie?

ÖVP: Mit der steirischen Lebensmittelstrategie soll regionale und saisonale Ernährung mit Produkten unserer bäuerlichen Familienbetriebe gestärkt werden. Als steirische Volkspartei sehen wir darin den Schlüssel zu einer nachhaltigeren Ernährung. Um dieses Ziel zu erreichen hat LRin Simone Schmiedtbauer bereits zwei Kantinengipfel abgehalten, um mehr Regionalität und Saisonalität, aber auch mehr Bio-Produkte auf die Speisekarten zu bringen. Mittlerweile wird bereits rund jede zweite Mahlzeit außer Haus eingenommen. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen unseren bäuerlichen Familienbetrieben und unseren Großküchen ist daher unerlässlich.

→ Stimme eher nicht zu

FPÖ: Das Land Steiermark sollte in seinem Wirkungsbereich vor allem eine ausgewogene, regionale und saisonale Ernährung vorantreiben. Dies gilt insbesondere für Einrichtungen des Landes. Aus freiheitlicher Sicht braucht es hierfür ein breites Angebot an fleischhaltigen und fleischlosen Gerichten.

→ Stimme eher nicht zu

SPÖ: Pflanzliche Ernährung ist klimafreundlich und gesund. Bereits einen Tag pro Woche auf Fleisch zu verzichten, ist ein guter Anfang, um Gesundheit und Umwelt etwas Gutes zu tun. Deswegen soll pflanzliche Ernährung durch die Steigerung des Angebots bei öffentlichen Trägern und landeseigenen Einrichtungen (z. B. bei öffentlichen Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen) sowie durch gezielte Förderungen und Beratungsangebote etc. gefördert werden.

→ Stimme sehr zu

NEOS: Aus Sicht von NEOS müssen zur Erreichung der Klimaziele die großen Schalthebel bewegt werden, zum Beispiel in Form einer ambitionierten CO₂-Bepreisung, des Ausbaus der öffentlichen

Mobilität, eines revolutionierten erneuerbaren Energiesystems und einer bindenden CO₂-Bremse. Ergänzend dazu kann auch pflanzliche Ernährung einen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen leisten. NEOS wollen diesbezüglich innovativen Technologien, die einen Beitrag dazu leisten können, den CO₂-Ausstoß nachhaltig zu verringern und umweltschonende Fleischalternativen zu etablieren, keine Steine in den Weg legen. Außerdem haben wir bereits Ideen vorgestellt, um den Verzehr pflanzlicher Lebensmittel zu fördern, bspw. eine Anpassung des Steuersatzes auf pflanzliche Milchalternativen auf 10 %. Zudem wollen wir eine zukunftsorientierte Agrarpolitik, welche die Fördermittel stärker an Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien bindet und regionale sowie pflanzliche Produktion fördert.

→ Stimme sehr zu

GRÜNE: Eine pflanzliche Ernährung wirkt sich nicht nur positiv auf die Gesundheit aus, sie trägt auch wesentlich dazu bei, die Treibhausgasemissionen zu senken. Tierische Produkte verursachen die meisten Treibhausgase im Ernährungssektor, pflanzliche Lebensmittel haben eine 8- bis 30-mal bessere Klimabilanz als tierische.

Die Landesregierung könnte vor allem im eigenen Wirkungsbereich, also in landeseigenen und landesnahen Unternehmen, rasch Änderungen herbeiführen. Diese werden von den Grünen weiterhin eingefordert (siehe Antworten 2 und 3).

→ Stimme sehr zu

KPÖ: Die durchschnittliche Ernährung in Österreich ist wissenschaftlichen Studien zufolge sehr fleischlastig – fast viermal so viel Fleisch wie empfohlen wird konsumiert. Um mit dem Konsum mithalten zu können, hat die industrielle Fleischverarbeitung elende Produktionsbedingungen geschaffen, die keinesfalls einer ethischen Tierhaltung entsprechen. Außerdem weist die industrielle Tierhaltung den zweitgrößten Ausstoß an CO₂-Emissionen auf und belastet das Grundwasser mit Nitrat.

In den letzten Jahren konnten sich vielseitige Alternativen zu Fleisch als Nahrungsmittel entwickeln. Es ist daher wichtig, Alternativen aufzuzeigen, um einseitige und stark fleischliche Ernährung in unserem Land auszugleichen.

Landwirt:innen stehen häufig vor dem Problem, nicht von ihrer Arbeit leben zu können. Dazu kommt die zunehmende Verbauung von Ackerflächen, was die Problematik noch weiter verschärft. Das Land Steiermark kann Förderungen von landwirtschaftlichen Betrieben anpassen, damit sich der Anbau von Pflanzen, die nicht ausschließlich für die Tierfutterindustrie genutzt werden, auch wieder lohnt und ihre Produkte auch zu leistbaren Preisen angeboten werden können.

Insgesamt wichtig ist vor allem die Ernährungssicherheit aller Menschen, d. h. die Möglichkeit von ausreichender und gesunder Ernährung für alle Menschen, die eine Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, sicherzustellen hat.

→ Stimme sehr zu

2. Soll die pflanzliche Ernährung vom Land Steiermark zum Gesundheitserhalt und zur Krankheitsprävention der Bevölkerung gefördert werden?

ÖVP: Der Fokus unserer Bemühungen liegt auf mehr Regionalität und Saisonalität. Zahlreiche Studien belegen, dass das der Schlüssel für gesündere und nachhaltigere Ernährung ist.

→ Stimme eher nicht zu

FPÖ: Wie bereits erwähnt sollte der Fokus des Landes vor allem auf der Ermöglichung einer gesunden und ausgewogenen Ernährung liegen. Dies trifft aus freiheitlicher Sicht auf pflanzliche Produkte, aber auch Fleisch zu. Die Notwendigkeit einer darüber hinaus gehenden zusätzlichen Förderung einer pflanzlichen Ernährung sehen wir nicht.

→ Stimme nicht zu

SPÖ: Ja, bestehende Konzepte gibt es bereits dazu, diese sollen weiter ausgebaut werden. Der Gesundheitsfonds Steiermark ist in diesem Bereich engagiert.

→ Stimme sehr zu

NEOS: Aufgrund der Relevanz von gesunder Ernährung war eine Steigerung des Konsums von Obst und Gemüse lang Teil der Budgetziele und sollte beispielsweise durch eine Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Ernährung auch verfolgt werden. Durch eine ernsthafte Umsetzung dieses Aktionsplans könnte hier endlich Bewegung entstehen.

→ Stimme sehr zu

GRÜNE: Wer regelmäßig rotes und industriell verarbeitetes Fleisch isst, hat ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Probleme, Diabetes, Schlaganfall und Krebs. Um die gesundheitlichen Vorteile einer pflanzlichen Ernährung zu fördern, haben die steirischen Grünen im März 2021 einen Antrag im Landtag eingebracht, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, die Forschung an Fleischersatzprodukten in der Steiermark zu unterstützen: mit langfristigen Förderschienen sowie mit Spezialforschungspreisen. Der Antrag wurde jedoch vier Monate später von den Regierungsparteien abgelehnt.

→ Stimme sehr zu

KPÖ: Die „steirische Ernährungspyramide“ des Gesundheitsfonds empfiehlt eine Ernährung, die hauptsächlich aus Gemüse und Obst, Hülsenfrüchten, Getreide und Erdäpfeln, Nüssen und Milchprodukten besteht. Fleisch- und Fischprodukte sollen hingegen nur wöchentlich konsumiert werden. Die Befolgung dieser Empfehlung stellt bereits einen großen Schritt in Richtung Gesundheitserhalt dar. Leider wird dieses Konzept zu wenig nach außen getragen und erreicht die Bevölkerung nicht ausreichend. Das Land Steiermark sollte diese Ernährungsempfehlung besser bewerben und Kampagnen zur Bewusstseinssteigerung initiieren.

→ Stimme eher zu

3. Ernährungsgewohnheiten, die zur Ausübung von staatlich anerkannten Religionen gehören, werden vom Staat besonders geschützt und ermöglicht. Der Veganismus kann ebenso als Weltanschauung bezeichnet werden. Veganer:innen sollten demnach ein Recht auf eine vegane Option in Form einer pflanzlichen Verpflegung erhalten. Soll das Recht auf eine vegane Option in Verpflegungseinrichtungen der öffentlichen Hand, bspw. in Kantinen, Krankenhäusern, Bildungs- oder Betreuungseinrichtungen, etabliert werden?

ÖVP: Diese Entscheidung sollte nicht von oben herab, sondern von den Betreibern von Großküchen nach Bedarf entschieden werden. Staatliche Zwänge sind hier fehl am Platz.

→ Stimme nicht zu

FPÖ: In Österreich gibt es laut Schätzungen des VGÖ im Jahr 2021 rund 106.000 Veganer. Bei einer Bevölkerungsanzahl von 9,042 Millionen Menschen in Österreich (Stand: 2022) entspricht der Anteil der Personen, die sich vegan ernähren, etwa 1,17 Prozent. Aus diesem Grund lehnen wir eine allgemeine Verpflichtung dahingehend ab.

→ Stimme nicht zu

SPÖ: Viele Einrichtungen bieten bereits jetzt vegane Alternativen an. Aufgrund des gesteigerten Bewusstseins für vegane Ernährung wird es zu weiteren dementsprechenden Angeboten kommen.

→ Weder noch

NEOS: Ein Recht auf diese Option ist in sehr kleinen Einrichtungen organisatorisch wegen der Planungssicherheit für Einkauf, Speisepläne schwierig einzuführen. Grundsätzlich spricht aber auch aus gesundheitlichen Gründen nichts dagegen, mehr vegane Optionen anzubieten, allerdings bevorzugen wir ganz klar informelle und bürokratisch einfachere Lösungen.

→ Stimme eher nicht zu

GRÜNE: Da die Art der Ernährung große Auswirkungen auf Gesundheit und Klima hat, soll das Land Steiermark aus Sicht der Grünen entsprechende steuernde Maßnahmen ergreifen. In einem Antrag im Landtag setzten sich die Grünen daher schon im September 2020 für vollwertige pflanzliche Ernährung in öffentlichen Einrichtungen ein. Die konkreten Vorschläge: Alle Einrichtungen des Landes sollen ihr Essensangebot vermehrt am aktuellen Wissensstand zur gesunden und klimafreundlichen Ernährung ausrichten. Einmal pro Woche sollen rein pflanzliche Gerichte angeboten werden, das vegane Angebot an allen weiteren Tagen erweitert werden. Bewusstseinskampagnen sollen die Steirerinnen und Steirer über die positiven Effekte einer pflanzlichen Ernährung auf Gesundheit, Umwelt und Klima informieren. Außerdem sollen die Folgen eines hohen Fleischkonsums auf Klima und Umwelt in den relevanten Landesstrategien (Klima- und Energiestrategie, Naturschutzstrategie) berücksichtigt werden. Der Antrag wurde jedoch von der Landesregierung in einem Unterausschuss „dauergeparkt“ und kam nie zur Abstimmung in den Landtag.

→ Stimme sehr zu

KPÖ: Dies ist keine rechtliche, sondern eine gesellschaftliche Frage. Die soziale Akzeptanz und das Bewusstsein über den Veganismus hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt. Tendenziell werden vegane Optionen in Kantinen bereits als geltender Standard betrachtet, während rein fleischliche Menüs als seltsam empfunden werden. Hier muss weiter daran gearbeitet werden, dass man sich

jenen gegenüber rücksichtsvoll verhält, die eine andere Ernährungsgewohnheit aufgrund von Weltanschauung oder Religion pflegen.

Das Land Steiermark sollte innerhalb seines Wirkungsbereichs daran arbeiten, vegane Optionen in öffentlichen Einrichtungen zu garantieren.

→ Stimme sehr zu

4. Soll die Bio-Quote bei Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen angehoben werden?
Wenn ja, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum?

ÖVP: Ja. Wir bekennen uns zu den Zielen der österreichischen Biostrategie und fördern die Erreichung dieser Ziele in der Steiermark.

→ Stimme eher zu

FPÖ: Die Beschaffung regionaler Lebensmittel für Einrichtungen des Landes sollte möglichst bei 100 Prozent liegen. In Bezug auf die Bio-Quote unterstützen wir ein 55-Prozent-Ziel bis 2030, welches auch im NaBe-Aktionsplan festgehalten wird.

→ Stimme eher zu

SPÖ: Ja, an einer Umsetzung wird bereits schrittweise gearbeitet. Es muss allerdings auch gezielte Förderungen von Bio-Produkten durch den Bund und besonders durch die EU geben, damit Bio-Produkte für alle Menschen leistbar sind.

→ Stimme eher zu

NEOS: Die öffentliche Hand sollte mit gutem Beispiel vorangehen, statt zu tricksen und die eigenen Regulierungen zu umgehen. Gerade in der Gemeinschaftsverpflegung ist eine gezielte Förderung der Bio-Quote ein richtiger Ansatz, da wichtig ist, dass das Essen dort regional und gesund ist.

→ Stimme eher zu

GRÜNE: Die steirischen Grünen haben im April 2023 in einem Antrag gefordert, den Bio-Anteil in der öffentlichen Beschaffung zu erhöhen mit dem Ziel, bis 2030 mindestens 55 Prozent zu erreichen. Außerdem sollen die Lebensmittel möglichst zu 100 Prozent aus der Region stammen. Der Antrag hat im Landtag jedoch keine Mehrheit gefunden. Der Vorschlag sah einen vierjährigen Stufenplan vor, den man auch auf die kommenden vier Jahre anwenden könnte.

→ Stimme sehr zu

KPÖ: Bio-Produkte werden aktuell nur in vier von 24 Schulen auf den Speiseplänen geführt. In anderen öffentlichen Einrichtungen dürfte diese Quote ähnlich ausfallen. Verbindliche Vorgaben bezüglich der Lebensmittelqualität (Regionalität, Saisonalität, Bio, FairTrade, etc.) gibt es aktuell nicht. Angesichts des zunehmenden Bewusstseins der Menschen in Bezug auf biologische Nahrungsmittel ist es nur zielführend, wenn die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht und Bio-Bauern aus der Region unterstützt.

Über die Höhe und den Zeitraum zur Einführung einer solchen Quote sowie deren Ausgestaltung können wir noch keine seriöse Antwort geben.

→ Stimme eher zu

5. Soll eine Kennzeichnung nach der Haltungsform der Tiere bei tierischen Produkten in öffentlichen Einrichtungen des Landes eingeführt werden?

ÖVP: Mit der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung in Großküchen ist uns bereits ein großer Schritt in die richtige Richtung gelungen. Es ist uns wichtig, die richtige Balance zwischen Transparenz für die Konsumentinnen und Konsumenten und der Vermeidung überbordender Bürokratie für Großküchen zu wahren.

→ Stimme nicht zu

FPÖ: Die FPÖ spricht sich allgemein gegen eine Tierhaltungskennzeichnung aus. Stattdessen fordern wir eine lückenlose Herkunftskennzeichnung. Diese soll eine strenge Auslegung der EU-Primärzutaten-Verordnung umfassen sowie eine Herkunftskennzeichnung von wenig verarbeiteten Lebensmitteln und in Großküchen für Fleisch, Eier und Milch.

→ Stimme nicht zu

SPÖ: Wir unterstützen die Forderung nach einer transparenten Kennzeichnung.

→ Stimme sehr zu

NEOS: Nur wenn Konsument:innen wissen, aus welcher Haltung das Produkt in ihrer Hand stammt, können sie dementsprechend entscheiden. Konsument:innen können bewusster Kaufentscheidungen treffen, dadurch könnte sich auch das Bewusstsein für artgerechte Tierhaltung insgesamt verbessern. Es gilt aber auch, einheitliche Standards für die Kennzeichnung festzulegen und zu kontrollieren und diese zu etablieren. Dabei muss darauf geachtet werden, dass es nicht zu unübersichtlichen Siegeln kommt und die Kennzeichnung für Betriebe keinen zu hohen Mehraufwand bzw. Bürokratieaufwand darstellt.

→ Stimme eher zu

GRÜNE: Die steirischen Grünen haben im April 2021 im Landtag gefordert, ein Tierwohl-Gütesiegel für verarbeitete Fleischprodukte in den Landesküchen einzuführen. Konsument:innen sollen so über die Haltungs- und Schlachtbedingungen der Tiere informiert werden und bewusste Entscheidungen für Tierwohl treffen können. Der Antrag wurde jedoch im September 2021 im Landtag von den Regierungsparteien abgelehnt.

→ Stimme sehr zu

KPÖ: Leider hat die tägliche Praxis gezeigt, dass die Haltungsform der Tiere bei tierischen Produkten entweder unzureichend oder gar verfälscht gekennzeichnet wird. Es ist aus unserer Sicht unabdingbar, eine wahrheitsgemäße Kennzeichnung der Haltungsform zu gewährleisten. Hier müssen strenge Kontrollen und einheitliche Richtlinien durchgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass Konsument:innen in ihrer Kaufentscheidung getäuscht werden.

→ Stimme sehr zu

6. Soll in öffentlichen Krankenhäusern und Altenheimen ...

a. weniger Fleisch angeboten werden?

b. mehr Veganes/Vegetarisches angeboten werden?

ÖVP: Der Fokus unserer Bemühungen liegt auf einer genussvollen, ausgewogenen, vielfältigen, regionalen und saisonalen Ernährung, die den österreichischen Ernährungsempfehlungen entspricht.

Dahingehend hat der Gesundheitsfonds Steiermark auch bereits zahlreiche Bemühungen und Förderprogramme gestartet. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

→ Stimme nicht zu

FPÖ: Das Land Steiermark sollte in seinem Wirkungsbereich eine Auswahlmöglichkeit an ausgewogenen, regionalen und saisonalen Gerichten sicherstellen. Eine Bevormundung durch die Einschränkung von fleischhaltigen Gerichten lehnen wir ab.

→ Stimme nicht zu

SPÖ: Für beides: Wenn der Wunsch der zu pflegenden Personen besteht, ja. Prinzipiell soll das Angebot für pflanzliche Alternativen ausgebaut werden. Es gilt, einen gesunden Mix anzubieten.

→ Stimme eher zu

NEOS: Wichtig wäre z. B. dass Wahlfreiheit gewährleistet wird, also bei geplanten Eingriffen in Krankenhäusern, dass vegane Ernährung als Wunsch angegeben werden kann, sodass Krankenhäuser sich darauf einstellen und das Angebot zur Verfügung stellen können.

→ Weder noch

GRÜNE: a. JA. B. JA

Zu Begründung und Maßnahmen siehe jeweils auch Antworten 2 und 3.

→ Stimme sehr zu

KPÖ: Grundsätzlich soll auf die Bedürfnisse der Bewohner:innen und Patient:innen eingegangen werden. Mithilfe von Fragebögen und Erhebungen können die Ernährungsgewohnheiten besser ermittelt und damit der Speiseplan auch entsprechend angepasst werden. Im Zuge von Menüänderungen können die Einrichtungen das Feedback von Bewohner:innen und Patient:innen einholen.

In Anbetracht der gesundheitlichen Vorteile und Empfehlungen von Ärzt:innen kann entsprechend der Ernährungspyramide der Schwerpunkt auf pflanzliche Ernährung verlagert werden, während der Konsum von Fleischprodukten reduziert werden könnte. Eine Vielfalt und Ausgewogenheit der Ernährung ist ein wertvoller Mosaikstein für einen gesunden Lebensstil.

Wichtig hierbei ist stets zu beachten, dass eine solche Umstellung nur mit Zustimmung der Betroffenen erfolgen darf, um eine „Trotz-Reaktion“ zu vermeiden. So kann man möglichst viele Menschen abholen und die Offenheit gegenüber Neuem fördern.

→ Stimme sehr zu

7. Soll in öffentlichen Kindergärten und Schulen ...

a. weniger Fleisch angeboten werden?

b. mehr Veganes/Vegetarisches angeboten werden?

ÖVP: Siehe Antwort 6. Beispiele:

GEMEINSAM G'SUND GENIESSEN – Förderungsprogramm für die Gemeinschaftsverpflegung: Förderungen im Bereich Ernährung – Gesundheitsfonds (gesundheitsfonds-steiermark.at)

Kostenfreie g'miasige Kochkurse für Jugendzentren: G'miasige Events – Gesundheitsfonds Steiermark (gesundheitsfonds-steiermark.at) oder auf Insta unter „seiamolgmiasig“

→ Stimme eher nicht zu

FPÖ: Das Land Steiermark sollte in seinem Wirkungsbereich eine Auswahlmöglichkeit an ausgewogenen, regionalen und saisonalen Gerichten sicherstellen. Eine Bevormundung durch die Einschränkung von fleischhaltigen Gerichten lehnen wir ab.

→ Stimme nicht zu

SPÖ: Für beides: Ja, prinzipiell soll das Angebot für pflanzliche Alternativen ausgebaut werden, wenn auch der Wunsch in den Einrichtungen besteht.

→ Stimme eher zu

NEOS: Wichtig wäre auch bei Kindergärten und Schulen, dass Wahlfreiheit gewährleistet ist und dass etwa vegane Ernährung als Wunsch angegeben werden kann, sodass sich Anbieter darauf einstellen und das Angebot zur Verfügung stellen können.

→ Weder noch

GRÜNE: a. JA b. JA

Zu Begründung und Maßnahmen siehe jeweils auch Antworten 2 und 3.

→ Stimme sehr zu

KPÖ: Wie auch in Krankenhäusern/Pflegeheimen soll möglichst auf die Bedürfnisse der Kinder und Schüler:innen eingegangen werden. Fragebögen und Erhebungen helfen dabei, die Ernährungsgewohnheiten besser zu ermitteln. Dabei sollten auch die Wünsche der Eltern berücksichtigt werden.

In Anbetracht der gesundheitlichen Vorteile und Empfehlungen von Ärzt:innen kann entsprechend der Ernährungspyramide der Schwerpunkt auf pflanzliche Ernährung verlagert werden, während der Konsum von Fleischprodukten reduziert werden könnte.

Auch hier betonen wir, dass eine solche Umstellung möglichst mit Zustimmung der Betroffenen erfolgen soll. So kann man möglichst viele Menschen abholen und die Offenheit gegenüber Neuem fördern.

→ Stimme sehr zu

8. Mit unserem Vegucation-Projekt haben wir eine Zusatzausbildung zur vegan-vegetarisch geschulten Fachkraft umgesetzt. Sollen berufsbildende Schulen und Lehrbetriebe diese vermehrt anbieten? Wenn ja, wie kann das Land Steiermark dies fördern?

ÖVP: Unsere Lehrlingsausbildung gehört zu den besten der Welt und wir werden von zahlreichen anderen Ländern für unser System der dualen Ausbildung beneidet. Die Inhalte der Lehrlingsausbildung Koch/Köchin werden von den Expertinnen und Experten erstellt. An einer Ausbildung für vegan/vegetarische Küche wird aktuell im Bund gearbeitet.

→ Weder noch

FPÖ: Nein.

→ Stimme nicht zu

SPÖ: Das muss im Bedarfsfall geprüft werden.

→ Weder noch

NEOS: Wir treten für eine modulare Gastronomie-Lehre ein, die der Vielfalt der verschiedenen Küchen und Ernährungsgewohnheiten gerecht wird. Selbstverständlich soll eine vegan-vegetarische Ausbildung in diesem Rahmen in den berufsbildenden Schulen und Lehrbetrieben einen festen Platz haben.

→ Stimme sehr zu

GRÜNE: Ab 2025 kann man in Österreich eine vegane Kochlehre machen. Unter Federführung der Grünen wird das per Verordnung ermöglicht. Diese neue Kochausbildung soll auch in der Steiermark möglichst vielen Interessierten angeboten werden. Das Land Steiermark soll die genannten Zusatzausbildungen im eigenen Wirkungsbereich anbieten, also etwa in Landesberufsschulen oder in Landwirtschaftsschulen.

→ Stimme sehr zu

KPÖ: Berufsbildende Schulen und Lehrbetriebe würden ohne Zweifel von Zusatzausbildungsangeboten profitieren. Das schafft einerseits eine möglichst gute und häufig gewünschte Spezialisierung der Lehrlinge und Schüler:innen. Andererseits suchen Betriebe vermehrt Fachkräfte, die entsprechend qualifiziert sind und sich mit dem Angebot des Betriebs identifizieren können. Das Land Steiermark soll dazu Pilotprojekte in Kooperation mit den berufsbildenden Schulen bzw. Lehrbetrieben initiieren und sich bei positiven Ergebnissen um eine flächendeckende Umsetzung bemühen.

→ Stimme sehr zu

9. Verfügt Ihre Partei über ein Tierschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

ÖVP: Nein, es gibt kein eigenes Tierschutzprogramm von der Steirischen Volkspartei.

→ Nein

FPÖ: Zu Frage 9 und 10 verweisen wir auf die beigefügten PDF-Datei.

→ Ja, schlecht

SPÖ: Tierschutz ist uns ein großes Anliegen. Wir setzen uns für EU-weite Verbesserungen im Bereich von Tiertransporten ein sowie auf Bundesebene für die Nachschärfung und Optimierung tierschutzrelevanter Gesetze. Der Schutz unserer Haustiere muss ebenfalls gestärkt werden. Daher stellen wir durch einen Sachkundenachweis sicher, dass sich ausschließlich Menschen, die dafür geeignet sind, Hunde, Reptilien und Amphibien anschaffen dürfen. Zum idealen Schutz von Katzen ist eine Chip- und Registrierungspflicht geplant. Ferner setzen wir uns für eine Verschärfung der Strafen bei tierquälerischen Handlungen ein. Eine strengere Bestrafung von Tierquälern betont den hohen Stellenwert des Tierschutzes in unserer Gesellschaft und kann dazu beitragen, das Bewusstsein für Tierquälerei als kriminelle Handlung zu schärfen.

→ Ja

NEOS: Wir setzen uns für das Wohl der Tiere ein, haben eine eigene Abgeordnete, die sich dem Thema engagiert widmet, und haben in der vergangenen Legislaturperiode dementsprechend auch viele Anfragen und Anträge eingebracht, die das Engagement in diesem Bereich untermauern. Es ist uns wichtig, transparente und evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen, die das Wohl der Tiere nachhaltig gewährleisten. Dazu gehört unter anderem folgende Entschließungsanträge: „Export von trächtigen Rindern nach Algerien stoppen“, „2 Jahre Tierschutzvolksbegehren: Entschließung JETZT umsetzen!“, „Paket Sichere Hundehaltung in Österreich“, „Aufklärung im Rahmen des Schulmilchprogramms“, „Pflanzliche Alternative im Schulmilchprogramm“, „Beauftragung einer Studie für evidenzbasierte Maßnahmen für den Einsatz von Arbeitspferden ab 30 Grad Lufttemperatur“, „Monitoring Tierschutzrat“.

Im Heimtierbereich setzen wir uns gegen den illegalen Welpenhandel und gegen Qualzucht ein, letztere hätte unserer Ansicht nach in der letzten Tierschutznovelle auch für Nutztiere verboten werden sollen. Im Nutztierbereich plädieren wir seit Jahren für ein ehestmögliches Ende der Vollspaltenböden unter Berücksichtigung der Machbarkeit für die Landwirt:innen. Das derzeit oftmals vorherrschende Thema Wolf sollte unserer Meinung nach durch ein besseres Herdenschutzprogramm und Aufklärung angegangen werden, Problemwölfe, die Nutztiere reißen oder Menschen gefährden, sollten nach Prüfung entnommen werden dürfen, eine Senkung des Schutzstatus halten wir jedoch für nicht zielführend.

→ Ja / eher nein (kein echtes Programm)

GRÜNE: Im Wahlprogramm der steirischen Grünen ist zu diesem Punkt festgehalten:

Wirksamer Tierschutz in allen Bereichen

Umfassender Tierschutz erfordert weitere Schritte weg von herzloser Massentierhaltung hin zu respektvollem Umgang mit allen Lebewesen. Wir setzen uns für ein gutes und gesundes Leben von sogenannten Nutztieren ein. Für diese Umstellung sehen wir Förderungen und Kennzeichnungen

für Herkunft und Haltung vor, damit weniger Tierleid auch mit fairen Preisen belohnt wird. Gesunde Tiere bedeuten auch weniger Sorgen für Bäuerinnen und Bauern. Unsere Bio-Landwirt:innen sind beim Tierschutz vielfach Vorreiter:innen in Europa – mit Standards, die zum allgemeinen Standard werden müssen.

Die Notwendigkeit für mehr Tierwohl beschränkt sich jedoch nicht auf die Landwirtschaft. Auch Haustiere sind von Überzüchtung betroffen. Deshalb haben wir auf Bundesebene strengere Regelungen geschaffen und eine Kommission zur Qualzucht-Vermeidung eingerichtet, um die Zuchtprogramme besser überprüfen und verbessern zu können. Ein weiteres Problemfeld im steirischen Tierschutz ist der Mangel an Tierärzt:innen und der wachsende Andrang auf Tierheime – viele Steirer:innen haben sich in der Pandemiezeit ein Haustier angeschafft, das jetzt nach Einzug der Alltagsnormalität nicht mehr im Haushalt erwünscht ist. Wir wollen in der Steiermark mehr Bewusstsein und Abhilfe schaffen.

1 / Vorreiterrolle einnehmen

Wir wollen Agrarförderungen an hohe Tierwohlstandards knüpfen und Praktiken, die für Tierleid verantwortlich sind, minimieren. Tiergerechte Haltungsformen müssen auch die Schweine- und Rinderhaltung umfassen. Eine repräsentative Umfrage unter 16- bis 29-Jährigen hat gezeigt, dass mehr als zwei Drittel der jungen Generation die heutige Fleischindustrie ablehnen. Ein großer Anteil der Konsument:innen (90 %) spricht sich klar für eine Herkunftskennzeichnung von Fleisch in verarbeiteten Lebensmitteln aus, da sich daraus bestimmte Tierwohlkriterien ableiten lassen. Konsument:innen wollen transparent darüber informiert werden, wie das Fleisch auf ihrem Teller gelebt hat und wie es endete. Es geht um bewusste Kaufentscheidungen und die mögliche Unterstützung einer persönlich vertretbaren Fleisch- und Milchindustrie und Nutztierhaltung. Die Etablierung eines Tierhaltelabels für verarbeitete Lebensmittel in steirischen Landesküchen wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

2 / Unnötiges Leid durch Tiertransporte verhindern

Die ausufernden Tiertransporte müssen ein Ende haben. Wir wollen nicht mehr mitansehen, wie Lebewesen, darunter zahlreiche Jungkälber, schwangere Kühe und Puten-Küken, unter unzumutbaren Bedingungen über heimische Straßen und weit darüber hinaus transportiert werden. Trächtige Kühe werden als „Zuchtrinder“ ins Ausland (inklusive Drittländer) exportiert. Unter anderem durch die Milchwirtschaft kommt es zu einer Überproduktion von Kälbern, welche quer durch Europa gefahren werden. Absurderweise importieren wir im Gegenzug massenhaft Tiere der gleichen Art. Die Zahlen zeigen für Europa ein erschreckendes Bild: 80 Prozent der weltweiten Lebendtiertransporte finden innerhalb der Europäischen Union statt. Unglaubliche 1,8 Milliarden Tiere werden hier jährlich lebend transportiert. Allein im Jahr 2020 wurden 94.269 Rinder nach Österreich importiert und 92.882 in andere Länder exportiert.

Der Fleischkonsum ist zudem zu hoch. Pro Kopf ist dieser in den Industrieländern mehr als doppelt so hoch wie im Rest der Welt. In Österreich liegt er bei rund 61 Kilogramm pro Kopf und Jahr. In Zeiten der Klimakrise ist neben dem untragbaren Tierleid auch der CO₂-Ausstoß durch Tierproduktion und Tiertransporte eine unnötige Zusatzbelastung für unser Klima. Durch eine Ausweitung der pflanzlichen Angebote in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Universitäten und Krankenhäuser kann der CO₂-Ausstoß reduziert werden. Das ist gut für das Klima und positiv für unsere Gesundheit.

3 / Tierschutzkontrollen in Ställen und Schlachtbetrieben stärken

Ein Tierhaltungsbetrieb wird statistisch gesehen alle 50 Jahre auf Tierschutzkonformität überprüft. Wir plädieren für eine fachlich kompetente Tierschutzkontrollgruppe, deren Aufgabe und Ziel es ist, durch unangemeldete und regelmäßige Kontrollen Missstände in landwirtschaftlichen Tierhaltungen aufzudecken und zu beseitigen. In Österreich werden jährlich rund 99 Millionen Tiere in Schlachthöfen getötet. Unser Ziel ist es, kleine, regionale Schlachthöfe zu erhalten und wiederaufzubauen sowie mobile Schlachthanlagen zuzulassen, um Tiertransporte zumindest zu reduzieren.

Außerdem müssen wir eine stressfreie Schlachtung in den Betrieben ermöglichen und den regionalen Absatz fördern. Es braucht eine kontinuierliche, lückenlose und äußerst strenge Kontrolle der österreichischen Schlachtbetriebe. Wir fordern daher eine massive Aufstockung des Kontrollbudgets, um die zuständigen Behörden mit dem notwendigen Personal ausstatten zu können. Unabdingbar für mehr Tierschutz am Schlachthof ist ein angemessener Preis für Fleisch- und Wurstprodukte.

4 / Aufklärung vorantreiben

Bei der Anschaffung eines Tiers sind sich viele Menschen der Konsequenzen nicht bewusst. Oft fühlen sie sich durch die Kosten für den Unterhalt des Tieres oder den Aufwand für die Betreuung und Pflege überfordert. Mit der Zeit geht manchmal auch das Interesse an dem Tier verloren. All diese Faktoren führen vor allem in den letzten Jahren zu einer regelrechten Abgabewelle von Haustieren an Tierheime. Zahlreiche Hunde, Katzen etc., die in Tierheimen landen, sind zuvor leichtfertig angeschafft worden. Um die Zahl von Abgaben zu verringern, muss bei potentiellen Tierhalter:innen angesetzt werden. Ein Bewusstsein für die Tragweite und möglichen Konsequenzen ihres Handelns sollte geschaffen werden. Unser Ziel ist deshalb, durch Aufklärungsarbeit in Kindergärten, Schulen und darüber hinaus bewusstere Entscheidungen zu fördern und damit die Zahl von Abgaben in Tierheimen zu verringern.

Außerdem braucht es umfassende Verbesserungen in den Verträgen zwischen dem Land Steiermark und den Tierheimen, damit diese für ihre wichtige Arbeit ausreichend vergütet werden. Nur so kann sich langfristig eine nachhaltige finanzielle Situation für die Betreiber:innen etablieren.

5 / Tieren ihr Recht geben

Es ist Zeit für diesen wichtigen Schritt: die Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzvereine. Dies ermöglicht die Auskunftserteilung, Teilnahme an Rechtsverfahren und Vertretung von Tierschutzinteressen. Eine für uns logische Entwicklung, nachdem die Grünen in der Bundesregierung bereits die Rechte der Tierschutzombudspersonen gestärkt und die Spendenabsetzbarkeit für Tierschutzvereine eingeführt haben. Weiters setzen wir uns dafür ein, dass Tierschützer:innen, die schwere Missstände in Mastbetrieben aufdecken, nicht kriminalisiert werden.

→ Ja, sehr gut

KPÖ: Die KPÖ Steiermark hat dem Thema Tierschutz ein Unterkapitel im Programm zur Landtagswahl 2024 „Ehrlich Anders“ gewidmet. Dieses entnehmen Sie dem Anhang.

→ Ja, eher gut

10. Verfügt Ihre Partei über ein Umwelt- und Klimaschutzprogramm? Wenn ja, hängen Sie dieses bitte an.

ÖVP: Es gibt kein eigenes Umwelt- und Klimaschutzprogramm, die Steirische Volkspartei ist sich jedoch dessen bewusst, dass es sich beim Klimaschutz um die Herausforderung unserer Zeit handelt, und leistet daher ihren Beitrag und begegnet dem Klimawandel mit Vernunft. Wir sagen Ja zu einem wissenschaftlich fundierten Klimaschutz. Gleichzeitig stellen wir uns bewusst gegen absichtlich vereinfacht dargestellte Sichtweisen. Und sagen Nein zu Klebe-Chaos und Verunsicherung. Bis 2030 soll unser Energiebedarf vollständig aus erneuerbaren Quellen gedeckt sein. Wir setzen auf erneuerbare Energien, um unabhängiger zu werden, und schützen gleichzeitig unsere wertvollsten Böden. Dafür beschleunigen wir den PV-Ausbau auf Gebäuden und versiegelten Flächen, planen 250 neue Windkraftanlagen und setzen verstärkt auf den Ausbau von Wasserkraft und Biomasse. Davon profitieren alle Steirerinnen und Steirer.

→ Nein

FPÖ: Zu Frage 9 und 10 verweisen wir auf die beigefügte PDF-Datei.

→ Ja, schlecht

SPÖ: Unser Zukunftsprogramm Neu-Land ist hier verfügbar: <https://stmk.spoee.at/wp-content/uploads/2024/10/Zukunftsprogramm.pdf>

→ Ja, eher gut

NEOS:

→ Ja, eher gut

GRÜNE: Im Wahlprogramm der steirischen Grünen stehen Umwelt- und Klimaschutz an oberster Stelle und ziehen sich durch alle Themenfelder (siehe Link).

→ Ja, sehr gut

KPÖ: Im Programm zur Landtagswahl 2024 „Ehrlich Anders“ ist ein Kapitel dem Klima und Umweltschutz gewidmet. Dieses entnehmen Sie dem Anhang. Außerdem ist eine Klimabroschüre des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark in Arbeit, die unterschiedliche Beiträge zur ökologischen Krise beinhalten.

→ Ja, eher gut